

Israels endloser Krieg und die Komplizenschaft der Großmächte

Nach Gaza und dem Westjordanland weitet Netanjahu seinen Krieg nun auch auf den Libanon aus. Erst massive Bombardierungen, die innerhalb von 10 Tagen über 700 Menschen getötet und Tausende verletzt haben und nun sogar eine Bodenoffensive. Für die Tötung des Hisbollah-Führers Hassan Nasrallah wurden 6 komplette Wohnblocks pulverisiert mit weiteren Hunderten Toten.

Ein Jahr lang Genozid

Das Massaker der Hamas an 1.200 israelischen Zivilist:innen und Soldat:innen am 7. Oktober 2023 lieferte der rechtsextremen israelischen Regierung die Rechtfertigung, auf die sie gewartet hatte, um das Land in einen endlosen Krieg zu stürzen. Seit einem Jahr hat die Operation zur Vernichtung des Gazastreifens mehr als 41.000 Menschenleben gefordert, mehr als 10.000 werden unter den Trümmern vermisst und fast 100.000 wurden verletzt. Fast die gesamte Gesundheitsinfrastruktur und sogar Schulen wurden dem Erdboden gleichgemacht. Die Überlebenden kämpfen mit Hunger, fehlendem Trinkwasser und Epidemien. Im Westjordanland haben Siedler:innen und die Armee fast 700 Menschen getötet und versetzen die Palästinenser:innen in Angst und Schrecken.

Und nun ist es ein Nachbarland, der Libanon, das von der israelischen Armee mit Krieg überzogen wird. Für den Staat Israel hat das Kriegsgetöse im Libanon auch den Vorteil, dass er von dem Völkermord ablenkt, der in Gaza weitergeht.

Schon im November hatte der israelische Kriegsminister gedroht, man könne Beirut in Gaza verwandeln. Während in Deutschland zynische Debatten über Migrationspolitik geführt werden, produziert Israel im Libanon Hunderttausende neue Kriegsflüchtlinge und wird dabei von der Bundesregierung unterstützt.

Die Krokodilstränen der Großmächte

Vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen letzte Woche konnte Netanjahu seine Show abziehen und war sich sicher, dass er auf die volle Unterstützung der USA, aber auch Deutschlands, Frankreichs oder Englands zählen kann. Er stellt den Krieg gegen den Libanon als eine Frage des Überlebens für Israel dar, angesichts der Gefahr, die von der schiitischen Hisbollah-Miliz ausgehen soll. Doch sowohl die Hisbollah als auch der Iran, der ihr Hauptunterstützer ist, hatten sich bislang für sehr begrenzte Reaktionen entschieden, nachdem Israel bereits in den Vormonaten in beiden Ländern gezielte Bomben-Angriffe durchgeführt hatte. Gegen-

über dem israelischen Staat, der von den wichtigsten imperialistischen Ländern aufgerüstet und durch die Präsenz amerikanischer und französischer Flugzeugträger unterstützt wird, wollten Iran und Hisbollah einen Krieg zu vermeiden, der zum Flächenbrand in der ganzen Region führen kann. Es ist Israel unter Netanjahu, das diese Eskalation vorantreibt. Biden hatte noch verkündet, dass er auf eine Deeskalation im Libanon hinarbeitet, doch die Priorität der westlichen Regierungen besteht darin, sich weiterhin auf den Staat Israel zu stützen, um ihre Interessen in der Region zu verteidigen. Und so kommentierte die deutsche Außenministerin Baerbock die Bodenoffensive, die aufs Neue Tausende Menschenleben fordern wird, mit den zynischen Worten: „Israel hat das Recht und die Pflicht sich gegen Terrorismus zu verteidigen.“

Nicht in unserem Namen!

Die Anführer:innen der kapitalistischen Welt machen ihre Geschäfte mit den Menschenleben der Bevölkerungen. Es ist ihnen egal, ob die Palästinenser:innen in Gaza abgeschlachtet werden und jetzt auch die Libanes:innen mit Krieg überzogen werden, solange die Aufrechterhaltung ihrer imperialistischen Ordnung gewährleistet ist. Von ihren Versprechungen eines Waffenstillstands ist nichts zu erwarten. Was die israelische Bevölkerung betrifft, so ist die Zukunft, die die israelische Regierung für sie vorbereitet, die eines endlosen Krieges. In Israel finden zwar Demonstrationen statt, um die Missachtung des Lebens der noch in Gaza festgehaltenen Geiseln anzuprangern, aber es wären weitaus größere Proteste – auch gegen die Unterdrückung der Palästinenser:innen – nötig, um diese kriegesische Eskalation ins Wanken zu bringen. Auch wir müssen unseren Widerstand gegen diese Massaker bekräftigen. Sie dürfen nicht in unserem Namen geschehen. **Am 6. Oktober** gibt es die Gelegenheit zu demonstrieren, um unserer Solidarität mit dem palästinensischen Volk und unserem Widerstand gegen die Invasion des Libanon Gehör zu verschaffen.

Beginn 14 Uhr, Kottbusser Str./Kohlfurter Str.

Von Kolleg:innen für Kolleg:innen...

KITA-STREIK

Streik um Entlastung - Dit kenn' ma alle!

Ein Schaudern ging um bei Senat und Eltern: unbefristeter Kita-Streik bei den Berliner Eigenbetrieben! Doch ein Gerichtsurteil vereitelte den Streik. Vorerst.

Warum die Erzieher:innen so sauer sind, lässt sich kurz umreißen: zu wenig Personal, fehlende Entwicklungsgespräche oder Zeit für Dokumentation, ... dem pädagogischen Anspruch kann kaum noch Folge geleistet werden. Auch Lehrkräfte haben wegen ähnlichen Problemen im letzten Jahr gestreikt.

Die Sparpolitik hat vor allem die Kleinsten getroffen, so gibt Deutschland rund 4,4 % des Bruttoinlandsprodukts für Bildung aus und liegt somit im letzten Drittel der EU-Länder. Die Ausgaben stagnieren seit Jahren, obwohl Investitionen dringend benötigt werden. Doch anstatt diese Misere anzuerkennen, sollen die Erzieher:innen und Lehrer:innen die unzumutbaren Zustände auf ihrem Rücken ausbaden. Zum Wohl der Kinder? Doch wohl eher damit die Eltern arbeiten können.

Ähnliches durften wir uns während unseres Streiks im Krankenhaus anhören: der Streik wäre überzogen, wir müssten doch an unsere Patient:innen denken! Doch die Gefährdung entsteht nicht durch den Streik, sondern durch den Normalzustand!

Angriff auf uns alle!

Der unbefristete Streik, für den über 90% der verdi Mitglieder gestimmt haben, wurde stark von Medien und Politik angegriffen. Er sei unverhältnismäßig, überzogen und realitätsfern. Jedoch versucht verdi seit April mit dem Senat in Verhandlungen zu treten, dieser stellt aber auf Sturr und klagt lieber gegen das Streikrecht und gegen seine eigenen Angestellten. Er lässt sich dabei von der Tarifgemeinschaft Deutscher Länder erpressen. Es gehört aber nur politischer Wille dazu, einen Tarifvertrag Entlastung in den Kitas zu verhandeln.

Viele Eltern, Lehrer:innen und andere Kolleg:innen sozialer Berufe erleben die tägliche Misere und unterstützen den Streik.

Die sozialen Probleme spitzen sich immer weiter zu in unserer Gesellschaft und das ist die Antwort der Politik und Bosse: Streikrecht einschränken, Rassismus, Spaltung und die Aufforderung, den Gürtel immer enger zu schnallen. Aber die Ursache sind weder Streikende, noch Migrant:innen oder die Armen in unserer Gesellschaft – es ist der Kapitalismus, der diese Probleme verschärft!

Noch ´ne Stabsstelle

Vom Geflecht des Charité-Managements gibt es was Neues. Na gut, ist nur mal wieder eine neue Stabsstelle, aber einen tollen Namen hat diese: Akademisierte Gesundheitsfachberufe in der Praxis. Diese soll bei der Entwicklung von Karriere- und Handlungspfaden für akademisch qualifizierte Gesundheitsfachberufe helfen. Da hätten wir gedacht, dies ist die Aufgabe der Pflegedirektion und der ausbildenden Hochschulen, aber wenn man studienwillige Kolleg:innen in die Arme einer privaten Hochschule wie Akkon treibt, muss man halt hinterher schauen, wie deren Absolvent:innen dann in die Charité-Struktur hineingepresst werden können.

Leere Betten bleiben leere Betten

Da hatte die Teppichetage eine große Idee. Um den Wirtschaftsplan 2024 umsetzen zu können, sollte ein sog. Belegungsmanagement dafür sorgen, dass alle Betten stets und ständig mit Patient:innen belegt sind. Am CBF wurde damit gestartet und gleich mal drei Manager:innen in Position gebracht. Doch irgendwie scheinen auch die keine Patient:innen in die Charité hineinzaubern zu können. Und so hat der Vorstand nun flugs das ganze Projekt wieder eingestampft.

Streikvernetzung statt Blind Lunch

Die CFM bietet ihren Beschäftigten ein neues Spiel mit Ringelpiez. Im Blind Lunch könne man per Zulosung Kolleg:innen kennenlernen und sich mit ihnen vernetzen. Doch eine große Mehrheit der CFMler hat die Kündigung des Haus-Tarifvertrages an der CFM beschlossen. Und vernetzt sich ganz ohne Chefeinladung zur Vorbereitung des Kampfes um den TVöD. Dazu nutzten sie am 30.09.24 auch die vorgenommene Übergabe ihrer Petition an die Senator:innen Czyborra, Evers und dem Charité-Vorstand – über 1700 Kolleg:innen unterzeichneten. 20 Jahre Tariffucht und Billiglohn und auch die Ohrfeige des nicht-gezählten Inflationsausgleiches sind Ansporn genug, den Streik vorzubereiten.

Geschlossen gegen Outsourcing

Noch immer droht fast 80 Kolleg:innen am Jüdischen Krankenhaus (JKB) die Kündigung. Servicekräfte und Pflegehelfer:innen ohne Ausbildung sollen entlassen und eine private Servicegesellschaft beauftragt werden, diese Dienstleistungen am Patientenbett zu erbringen. Also Outsourcing, um die Löhne der Beschäftigten niedrig zu halten und die Belegschaft zu spalten. Im Kuratorium des JKB sitzen viele Vertreter:innen aus Politik und Gesundheitsverwaltung. Damit ist klar, das Versprechen des schwarz/roten Senates, keine Ausgliederungen mehr vorzunehmen, ist nichts wert. Gelingt die Ausgliederung am JKB, wird dies als Modell für viele weitere Kliniken dienen. So droht dann auch an Charité und Vivantes wieder Lohnraub durch Outsourcing. **Schließt euch am 12.10.2024 um 13 Uhr der Kundgebung am JKB gegen die Kündigungen, gegen Ausgliederungen und für den Bestandsschutz der betroffenen Kolleg:innen an!**

Sensationshascherei

Liebe Pseudopflegepraktikant:innen vom Stern, wenn ihr wissen wollt, wo es richtig hakt bei uns, dann redet doch auch mit uns. Wildes Videomaterial und Kolleg:innen an den Pranger stellen, beschreibt weder die Situation noch löst es das Problem bei uns auf Station. Wir sind nicht verantwortlich für diese Verhältnisse! Und die Probleme sind zu ernst, um damit Einschaltquoten erhaschen zu wollen.



Über den QR-Code könnt ihr unserer Vitamin C WhatsApp Gruppe beitreten und euch mit anderen Kolleg:innen austauschen und aktiv werden!

Wenn Dir das Flugblatt gefällt, gib es doch an Kolleginnen und Kollegen weiter...

Wir sind erreichbar unter - Insta: gruppe_vitaminc - flugblatt_charite@gmx.net - www.sozialismus.click

V.i.S.d.P.: Florian Sund, Schmarjestr. 17 14169 Berlin